

# **Berufsordnung für die Zahnärzte im Freistaat Sachsen (in der Fassung der Änderungssatzung vom 23. November 2024)**

Die Kammerversammlung der Landes Zahnärztekammer Sachsen hat aufgrund von § 17 in Verbindung mit § 8 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 des Gesetzes über Berufsausübung, Berufsvertretungen und Berufsgerichtbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker sowie der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Freistaat Sachsen (Sächsisches Heilberufekammergesetz - SächsHKaG) vom 24. Mai 1994 (SächsGVBl. S. 935), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Februar 2016 (SächsGVBl. S. 42) geändert worden ist, am 20. April 2018 die folgende Berufsordnung für die Zahnärzte im Freistaat Sachsen beschlossen. Diese wurde zuletzt durch Satzung vom 23. November 2024 (Amtliche Bekanntmachung im Zahnärzteblatt, Heft 12/2024, Seite 7) geändert.

Präambel	
Abschnitt 1	
Allgemeine Grundsätze	
§ 1 Geltungsbereich	
§ 2 Allgemeine Berufspflichten	
§ 3 Kammer	
§ 4 Haftpflicht	
§ 5 Fortbildung	
§ 6 Qualität	
§ 7 Verschwiegenheit	
§ 8 Kollegialität	
Abschnitt 2	
Ausübung des zahnärztlichen Berufs	
§ 9 Praxis	
§ 10 Vertretung	
§ 11 Zahnarztlabor	
§ 12 Zahnärztliche Dokumentation	
§ 13 Gutachten	
§ 14 Notfalldienst	
§ 15 Honorar	
Abschnitt 3	
Zusammenarbeit des Zahnarztes mit Dritten	
§ 16 Gemeinsame zahnärztliche Berufsausübung	
§ 17 Zahnärzte und andere freie Berufe	
§ 18 Angestellte Zahnärzte	
§ 19 Praxismitarbeiter	
Abschnitt 4	
Berufliche Kommunikation	
§ 20 Berufsbezeichnung, Titel, Grade und Tätigkeitsschwerpunkte	
§ 21 Information	
§ 22 Praxisschild	
Abschnitt 5	
Schlussvorschriften	
§ 23 In-Kraft-Treten und Außer-Kraft-Treten	

## **Präambel**

1Die Berufsordnung regelt das Verhalten von Zahnärzten gegenüber Patienten, Kollegen, Mitarbeitern und anderen Partnern im Gesund-

heitswesen. 2Mit der Festlegung von Berufsrechten und Berufspflichten dient die Berufsordnung dem Ziel,

- a) die Freiberuflichkeit des Zahnarztes zu gewährleisten;
- b) das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Zahnarzt und Patient zu erhalten und zu fördern;
- c) die Qualität der zahnärztlichen Tätigkeit im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung sicherzustellen;
- d) das Ansehen des Zahnarztberufes zu wahren;
- e) berufswürdiges Verhalten zu fördern und berufsunwürdiges Verhalten zu verhindern, um damit dem Gemeinwohl zu dienen.

## **Abschnitt 1**

### **Allgemeine Grundsätze**

#### **§ 1**

##### **Geltungsbereich**

(1) Diese Berufsordnung gilt für alle Mitglieder der Landes Zahnärztekammer Sachsen und für alle vorübergehend und gelegentlich im Geltungsbereich dieser Berufsordnung zahnärztlich tätigen Berufsangehörigen und regelt deren Berufsrechte und -pflichten.

(2) 1Unter zahnärztlicher Berufsausübung ist jede Tätigkeit eines Zahnarztes zu verstehen, bei der zahnärztliche Fachkenntnisse eingesetzt oder mit verwendet werden können. 2Dies können neben kurativen Tätigkeiten auch nicht kurative Tätigkeiten sein.

(3) Im Text werden die Berufsbezeichnung „Zahnarzt“ („Zahnärzte“) einheitlich und neutral für Zahnärztinnen und Zahnärzte verwendet.

## **§ 2 Berufspflichten**

(1) <sup>1</sup>Der Zahnarzt ist zum Dienst an der Gesundheit der einzelnen Menschen und der Allgemeinheit berufen. <sup>2</sup>Der zahnärztliche Beruf ist seiner Natur nach ein freier Beruf, der aufgrund besonderer beruflicher Qualifikation persönlich, eigenverantwortlich und fachlich unabhängig in Diagnose- und Therapiefreiheit ausgeübt wird.

(2) <sup>1</sup>Der zahnärztliche Beruf ist mit besonderen Berufspflichten verbunden. <sup>2</sup>Insbesondere ist der Zahnarzt verpflichtet,

a) seinen Beruf gewissenhaft und nach den Geboten der ärztlichen Ethik und der Menschlichkeit auszuüben,

b) die Regeln der zahnmedizinischen Wissenschaft zu beachten,

c) dem ihm im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen,

d) sein Wissen und Können in den Dienst der Vorsorge, der Erhaltung und der Wiederherstellung der Gesundheit zu stellen,

e) das Selbstbestimmungsrecht seiner Patienten zu achten.

(3) Der Zahnarzt hat das Recht seiner Patienten auf freie Arztwahl zu achten.

(4) Der Patient ist über den Namen des ihn behandelnden Zahnarztes in geeigneter Weise zu informieren.

(5) Der Zahnarzt kann die zahnärztliche Behandlung ablehnen, wenn

a) eine Behandlung nicht gewissenhaft und sachgerecht durchgeführt oder

b) die Behandlung ihm nach pflichtgemäßer Interessenabwägung nicht zugemutet werden kann oder

c) er der Überzeugung ist, dass das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und dem Patienten nicht besteht.

Seine Verpflichtung, in Notfällen zu helfen, bleibt davon unberührt.

(6) <sup>1</sup>Der Zahnarzt ist verpflichtet, die ihm aus seiner zahnärztlichen Behandlungstätigkeit bekannt werdenden unerwünschten Arzneimittelwirkungen der Arzneimittelkommission der deutschen Zahnärzteschaft bei der Bundeszahnärztekammer zu melden. <sup>2</sup>Vorkommnisse,

die im Rahmen der Diagnostik oder Behandlung von mit Medizinprodukten versorgten Patienten bekannt werden, sind dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) und der Arzneimittelkommission der deutschen Zahnärzteschaft bei der Bundeszahnärztekammer zu melden.

(7) Dem Zahnarzt ist es nicht gestattet, für die Verordnung, die Empfehlung oder den Bezug von Arznei-, Heil- oder Hilfsmitteln sowie Medizinprodukten für Patienten Vorteile für sich oder Dritte zu fordern, versprechen zu lassen oder anzunehmen.

(8) Es ist dem Zahnarzt nicht gestattet, für die Zuweisung und Vermittlung von Patienten Vorteile zu fordern, sich versprechen oder gewähren zu lassen, selbst zu versprechen oder zu gewähren.

(9) Vor der Durchführung klinischer Versuche am Menschen u. a. zur Prüfung von Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie der epidemiologischen Forschung mit personenbezogenen Daten müssen Zahnärzte eine Ethikkommission anrufen, um sich ethisch und rechtlich beraten zu lassen. Die in der Deklaration von Helsinki des Weltärztebundes niedergelegten ethischen Grundsätze sind zu beachten.

## **§ 3 Kammer**

(1) Der Zahnarzt ist verpflichtet, sich über die für die Berufsausübung geltenden Vorschriften zu unterrichten sowie diese und Auflagen der Kammer zu beachten.

(2) Die Aufnahme und Änderung zahnärztlicher Tätigkeit ist gemäß der Meldeordnung unverzüglich der Kammer anzuzeigen.

(3) Der Zahnarzt hat auf Anfragen der Kammer, welche diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben an ihn richtet, in angemessener Frist zu antworten.

(4) Ehrenämter der Kammer sind gewissenhaft, unparteiisch und uneigennützig auszuüben.

(5) Verstöße gegen Berufspflichten werden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet.

## **§ 4 Haftpflicht**

<sup>1</sup>Der Zahnarzt muss gegen Haftpflichtansprüche aus seiner beruflichen Tätigkeit versichert sein. <sup>2</sup>Auf Verlangen der Kammer hat der Zahnarzt seine Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen.

## **§ 5 Fortbildung**

Der Zahnarzt, der seinen Beruf ausübt, ist verpflichtet, sich in dem Umfang beruflich fortzubilden, wie es zur Erhaltung und Entwicklung der zur Berufsausübung erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten notwendig ist.

## **§ 6 Qualität**

Im Rahmen seiner Berufsausübung übernimmt der Zahnarzt für die Qualität seiner Leistungen persönlich die Verantwortung. Er hat Maßnahmen zur Qualitätssicherung durchzuführen.

## **§ 7 Verschwiegenheit**

(1) Der Zahnarzt hat die Pflicht, über alles, was ihm in seiner Eigenschaft als Zahnarzt anvertraut worden und bekannt geworden ist (Berufsgeheimnisse), gegenüber Dritten Verschwiegenheit zu wahren. Gesetzliche Aussage- und Anzeigepflichten bleiben davon unberührt.

(2) Der Zahnarzt ist zur Offenbarung befugt, soweit er von dem Betroffenen oder seinem gesetzlichen Vertreter von der Schweigepflicht entbunden wurde oder soweit die Offenbarung zum Schutze eines höheren Rechtsgutes erforderlich ist.

(3) Ausnahmsweise dürfen Berufsgeheimnisse gegenüber den Praxismitarbeitern sowie sonstigen Personen, die an der beruflichen Tätigkeit mitwirken, offenbart werden, soweit dies für die Inanspruchnahme von deren Tätigkeit erforderlich ist.

(4) Der Zahnarzt hat alle in der Praxis tätigen Personen über die gesetzliche Pflicht zur Verschwiegenheit zu belehren und dies zu dokumentieren. Dies gilt auch für Dritte im Sinne von Abs. 3.

## **§ 8 Kollegialität**

(1) Der Zahnarzt hat gegenüber allen Berufsangehörigen jederzeit kollegiales Verhalten zu zeigen. Herabsetzende Äußerungen über die Person, die Behandlungsweise oder das berufliche Wissen eines Kollegen sind berufsrechtswidrig.

(2) Es ist insbesondere berufsrechtswidrig, einen Kollegen aus seiner Behandlungstätigkeit oder als Mitbewerber um eine berufliche Tätigkeit durch unlautere Handlungen zu verdrängen.

(3) Zahnärzte sind grundsätzlich verpflichtet, sich gegenseitig zu vertreten. Der Zahnarzt darf eine Vertretung, eine Notfall- oder Überweisungsbehandlung oder eine Begutachtung über den begrenzten Auftrag und die notwendigen Maßnahmen hinaus nicht ausdehnen.

(4) Der Zahnarzt darf den von einem anderen Zahnarzt oder Arzt erbetenen Beistand ohne zwingenden Grund nicht ablehnen.

## **Abschnitt 2 Ausübung des zahnärztlichen Berufs**

### **§ 9 Praxis**

(1) Die Berufsausübung des selbstständigen Zahnarztes ist an einen Praxissitz gebunden.

(2) Die Ausübung des zahnärztlichen Berufes in bis zu zwei weiteren Praxen oder an anderen Orten, als dem Praxissitz, ist zulässig, wenn in jedem Einzelfall die ordnungsgemäße Versorgung der Patienten sichergestellt wird.

(3) Die zahnärztliche Praxis muss die für eine ordnungsgemäße Behandlung und für einen Notfall erforderliche Einrichtung enthalten und sich in einem entsprechenden Zustand befinden.

(4) Übt der Zahnarzt neben seiner Tätigkeit als Zahnarzt eine andere berufliche Tätigkeit aus, so muss die Ausübung sachlich, räumlich und organisatorisch sowie für den Patienten erkennbar von seiner zahnärztlichen Tätigkeit getrennt sein.

(5) Beim klinischen Betrieb einer Praxis ist zu gewährleisten, dass:

a) eine umfassende zahnärztliche und pflegerische Betreuung rund um die Uhr sichergestellt ist;

b) die notwendigen Voraussetzungen für eine Notfallintervention beim entlassenen Patienten erfüllt sind;

c) die baulichen, apparativ-technischen und hygienischen Voraussetzungen für die stationäre Aufnahme von Patienten gewährleistet sind.

### **§ 10 Vertretung**

(1) Steht der Zahnarzt während seiner angekündigten Behandlungszeiten nicht zur Verfügung, so hat er für eine entsprechende Vertretung zu sorgen. Name, Anschrift und Telefonnummer eines Vertreters außerhalb

der Praxis sind in geeigneter Form bekannt zu geben.

(2) <sup>1</sup>Im Falle des Verzichts, der Rücknahme oder des Widerrufs der Approbation oder der Erlaubnis zur Ausübung der Zahnheilkunde nach § 13 Zahnheilkundengesetz ist eine Vertretung nicht zulässig. <sup>2</sup>Zahnärzte, gegen die ein vorläufiges Berufsverbot verhängt worden ist oder deren Befugnis zur Ausübung des zahnärztlichen Berufes ruht, dürfen nur mit Zustimmung der Kammer vertreten werden.

(3) <sup>1</sup>Die Praxis eines verstorbenen Zahnarztes kann unter dessen Namen bis zu einem halben Jahr durch einen befugten Zahnarzt fortgeführt werden. <sup>2</sup>Der Zeitraum kann in besonderen Fällen durch die Kammer verlängert werden.

### **§ 11**

#### **Zahnarzlabor**

<sup>1</sup>Der Zahnarzt ist berechtigt, im Rahmen seiner Praxis ein zahntechnisches Labor zu betreiben oder sich an einem gemeinschaftlichen zahntechnischen Labor mehrerer Zahnarztpraxen zu beteiligen. <sup>2</sup>Das Zahnarzlabor kann auch in angemessener räumlicher Entfernung zu der Praxis liegen.

### **§ 12**

#### **Zahnärztliche Dokumentation**

(1) <sup>1</sup>Der Zahnarzt ist verpflichtet, Befunde und Behandlungsmaßnahmen chronologisch und für jeden Patienten getrennt zu dokumentieren (zahnärztliche Dokumentation) und mindestens zehn Jahre nach Abschluss der Behandlung aufzubewahren, soweit nicht nach gesetzlichen Vorschriften eine längere Aufbewahrungspflicht besteht. <sup>2</sup>Diese Regelungen gelten, soweit nicht nach anderen Vorschriften andere Aufbewahrungsfristen bestehen.

(2) <sup>1</sup>Beim Umgang mit zahnärztlichen Dokumentationen sind die Bestimmungen über die ärztliche Schweigepflicht und den Datenschutz zu beachten. <sup>2</sup>Berichtigungen und Änderungen von Eintragungen in die Patientenakte sind nur zulässig, wenn neben dem ursprünglichen Inhalt erkennbar bleibt, wann sie vorgenommen worden sind. <sup>3</sup>Dies ist auch für elektronisch geführte Patientenakten sicherzustellen.

(3) Der Zahnarzt hat einem vor-, mit- oder nachbehandelnden Zahnarzt oder Arzt sowie einem begutachtenden Zahnarzt oder Arzt auf Verlangen seine zahnärztlichen Dokumentationen vorübergehend zu überlassen oder Kopien herauszugeben und ihn über die bisherige Behandlung zu informieren, soweit das Einverständnis des Patienten vorliegt.

(4) <sup>1</sup>Der Zahnarzt hat dem Patienten auf dessen Verlangen in die ihn betreffenden zahnärztlichen Dokumentationen Einsicht zu gewähren. <sup>2</sup>Auf Verlangen sind dem Patienten Kopien der Unterlagen gegen Erstattung der Kosten herauszugeben.

(5) <sup>1</sup>Nach Aufgabe oder Übergabe der Praxis hat der Zahnarzt unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen seine zahnärztlichen Dokumentationen aufzubewahren oder dafür Sorge zu tragen, dass sie ordnungsgemäß verwahrt werden. <sup>2</sup>Zahnärzten, denen bei einer Praxisaufgabe oder Praxisübergabe zahnärztliche Dokumentationen in Verwahrung gegeben werden, müssen diese Unterlagen getrennt von den eigenen Unterlagen unter Verschluss halten und dürfen sie nur mit Einverständnis der Betroffenen einsehen oder weitergeben.

### **§ 13**

#### **Gutachten**

(1) Der Zahnarzt hat Gutachten neutral, unabhängig und sorgfältig zu erstellen.

(2) <sup>1</sup>Der Zahnarzt darf einen Patienten, der ihn zum Zwecke einer Begutachtung aufsucht, vor Ablauf von 24 Monaten nach Abgabe des Gutachtens nicht behandeln. <sup>2</sup>Dies gilt nicht für Notfälle.

### **§ 14**

#### **Notfalldienst**

(1) <sup>1</sup>Wer an der zahnärztlichen Versorgung teilnimmt ist grundsätzlich verpflichtet, am Notfalldienst teilzunehmen. <sup>2</sup>Die zahnärztliche Notfalldienstordnung für den Freistaat Sachsen, die die Errichtung und Durchführung des Notfalldienstes regelt, ist zu beachten.

(2) Der Zahnarzt darf eine Notfallbehandlung nicht von einer Vorleistung abhängig machen.

### **§ 15**

#### **Honorar**

(1) Der Zahnarzt hat seine Gebühren nach den Bestimmungen der Gebührenordnungen für Zahnärzte angemessen zu berechnen.

(2) Der Zahnarzt darf die Gebührenordnungen nicht in unlauterer Weise unterschreiten oder Honorarnachlässe vor Erteilung des Behandlungsvertrages versprechen.

(3) <sup>1</sup>Vor umfangreichen Behandlungen soll der Patient auf die voraussichtliche Höhe der Gesamtkosten hingewiesen werden. <sup>2</sup>Treten im Laufe der Behandlung Umstände auf, die wesentlich höhere Gebühren auslösen, ist dies dem Patienten unverzüglich mitzuteilen.

### **Abschnitt 3 Zusammenarbeit mit Dritten**

#### **§ 16**

##### **Gemeinsame Berufsausübung**

(1) Zahnärzte dürfen ihren Beruf einzeln oder gemeinsam in allen für den Zahnarztberuf zulässigen Gesellschaftsformen ausüben, wenn ihre eigenverantwortliche, fachlich unabhängige sowie freiberufliche Berufsausübung gewährleistet ist.

(2) <sup>1</sup>Die Zugehörigkeit zu mehreren Berufsausübungsgemeinschaften ist nur im Rahmen von § 9 zulässig. <sup>2</sup>Die Berufsausübungsgemeinschaft erfordert einen gemeinsamen Praxissitz. <sup>3</sup>Eine Berufsausübungsgemeinschaft mit mehreren Praxissitzen ist zulässig, wenn an dem jeweiligen Praxissitz verantwortlich mindestens ein Mitglied der Berufsausübungsgemeinschaft die Patientenversorgung sicherstellt.

(3) <sup>1</sup>Wird als Gesellschaftsform eine juristische Person des privaten Rechts gewählt, so sind die Bestimmungen des § 16 Abs. 4 SächsH-KaG einzuhalten mit der Maßgabe, dass Gesellschafter nur Zahnärzte sein können. <sup>2</sup>Darüber hinaus muss die juristische Person des privaten Rechts von Zahnärzten verantwortlich geleitet werden. <sup>3</sup>Die Geschäftsführer müssen Zahnärzte sein.

#### **§ 17**

##### **Zahnärzte und andere Berufe**

(1) <sup>1</sup>Zahnärzte können sich auch mit selbständig Tätigen und zur eigenverantwortlichen Berufsausübung berechtigten Angehörigen anderer Heilberufe oder staatlicher Ausbildungsberufe im Gesundheitswesen in den rechtlich zulässigen Gesellschaftsformen zusammenschließen, wenn ihre eigenverantwortliche, fachlich unabhängige sowie freiberufliche Berufsausübung gewährleistet ist. <sup>2</sup>Gleiches gilt für den Zusammenschluss mit anderen freien Berufen, die ebenfalls einer berufsrechtlichen oder anderen gesetzlichen Schweigepflicht unterliegen. <sup>3</sup>Die Regelung in § 9 Abs. 4 gilt entsprechend.

(2) Einem Zahnarzt ist gestattet, in Partnerschaft gemäß § 1 Abs. 1 und 2 PartGG oder anderen Gesellschaftsformen mit Angehörigen anderer Berufe als den in Abs. 1 beschriebenen zusammen zu arbeiten, wenn er in der Partnerschaft oder Gesellschaft nicht die Zahnheilkunde am Menschen ausübt.

(3) <sup>1</sup>Wird als Gesellschaftsform eine juristische Person des privaten Rechts gewählt, so sind

die Bestimmungen des § 16 Abs. 4 SächsH-KaG einzuhalten. <sup>2</sup>Darüber hinaus muss die juristische Person des privaten Rechts von Zahnärzten oder Ärzten verantwortlich geleitet werden. <sup>3</sup>Die Geschäftsführer müssen mehrheitlich Zahnärzte oder Ärzte sein. <sup>4</sup>Eine kooperative Leitung sowie Geschäftsführung ist möglich.

#### **§ 18**

##### **Angestellte Zahnärzte**

(1) Die Beschäftigung angestellter Zahnärzte zur Ausübung der Zahnheilkunde setzt voraus, dass den angestellten Zahnärzten die Ausübung der Zahnheilkunde nach dem Zahnheilkundengesetz (ZHG) gestattet ist.

(2) Die Beschäftigung angestellter Zahnärzte zur Ausübung der Zahnheilkunde setzt die Leitung durch einen Zahnarzt voraus.

(3) Der Zahnarzt hat angestellten Zahnärzten eine angemessene Vergütung zu gewähren.

(4) Über die Beschäftigung angestellter Zahnärzte darf in der öffentlichen Ankündigung nur mit dem Hinweis auf das Anstellungsverhältnis informiert werden.

#### **§ 19**

##### **Praxismitarbeiter**

(1) <sup>1</sup>Bei der Ausbildung von Zahnmedizinischen Fachangestellten sind die für die Berufsausbildung geltenden Vorschriften zu beachten. <sup>2</sup>Der Zahnarzt hat dafür Sorge zu tragen, dass den Auszubildenden insbesondere jene Fertigkeiten und Kenntnisse vermittelt werden, die zum Erreichen des Ausbildungszieles erforderlich sind.

(2) <sup>1</sup>Der Zahnarzt darf Praxismitarbeiter nur für Aufgaben einsetzen, für die sie qualifiziert sind. <sup>2</sup>Bei der Delegation von Tätigkeiten ist der Rahmen des § 1 Absatz 5 und 6 Zahnheilkundengesetz zu beachten.

(3) Der Zahnarzt ist dafür verantwortlich, dass die Praxismitarbeiter am Patienten nur unter seiner Aufsicht und Anleitung tätig werden.

### **Abschnitt 4**

#### **Berufliche Kommunikation**

#### **§ 20**

##### **Berufsbezeichnung, Titel, Grade und Tätigkeitsschwerpunkte**

(1) <sup>1</sup>Zahnärzte führen die Berufsbezeichnung „Zahnarzt“. <sup>2</sup>Zahnärztinnen führen die Berufsbezeichnung „Zahnärztin“.

(2) Akademische Titel und Grade dürfen nur in der gesetzlich zulässigen Form geführt werden.

(3) <sup>1</sup>Der Zahnarzt darf nach zahnärztlichem Weiterbildungsrecht erworbene Fachzahnarztbezeichnungen führen. <sup>2</sup>Daneben dürfen Zahnärzte Tätigkeitsschwerpunkte führen. <sup>3</sup>Das Nähere regelt die von der Kammerversammlung zu beschließende Richtlinie, die Bestandteil der Berufsordnung ist.

## **§ 21**

### **Erlaubte Information und berufsrechtswidrige Werbung**

(1) <sup>1</sup>Dem Zahnarzt sind sachliche Informationen über seine Berufstätigkeit gestattet. <sup>2</sup>Berufsrechtswidrige Werbung ist dem Zahnarzt untersagt. <sup>3</sup>Berufsrechtswidrige ist insbesondere eine anpreisende, irreführende, herabsetzende oder vergleichende Werbung. <sup>4</sup>Der Zahnarzt darf eine berufsrechtswidrige Werbung durch Dritte weder veranlassen noch dulden und hat dem entgegen zu wirken.

(2) <sup>1</sup>Der Zahnarzt darf auf besondere, personenbezogene Kenntnisse und Fertigkeiten in der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde hinweisen. <sup>2</sup>Hinweise nach Satz 1 sind unzulässig, soweit sie die Gefahr einer Verwechslung mit Fachgebietsbezeichnungen begründen oder sonst irreführend sind.

(3) Der Zahnarzt, der eine nicht nur vorübergehende belegärztliche oder konsiliarische Tätigkeit ausübt, darf auf diese Tätigkeit hinweisen.

(4) Es ist dem Zahnarzt untersagt, seine zahnärztliche Berufsbezeichnung für gewerbliche Zwecke zu verwenden oder ihre Verwendung für gewerbliche Zwecke zu gestatten.

(5) Eine Einzelpraxis sowie eine Berufsausübungsgemeinschaft darf nicht als Akademie, Institut, Poliklinik, Ärztehaus oder als ein Unternehmen mit Bezug zu einem gewerblichen Betrieb bezeichnet werden.

(6) Das „gelbe Z“ darf als Berufskennzeichen in der vorgeschriebenen Form geführt werden.

## **§ 22**

### **Praxisschild**

(1) Der niedergelassene Zahnarzt hat an jedem Praxisort die Ausübung des zahnärztlichen Berufes durch ein Praxisschild kenntlich zu machen.

(2) <sup>1</sup>Der Zahnarzt hat auf dem Praxisschild seinen Namen und seine Berufsbezeichnung sowie im Falle einer Zahnärztesgesellschaft die jeweilige Rechtsform anzugeben. <sup>2</sup>Zahnärzte,

die ihren Beruf gemeinsam ausüben, haben unter Angabe des Namens aller in der Berufsausübungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Zahnärzte, ein gemeinsames Praxisschild zu führen. <sup>3</sup>Die Regelung in § 21 Abs. 6 findet auch beim Praxisschild Anwendung.

(3) Das Praxisschild muss hinsichtlich Form, Gestaltung und Anbringung den örtlichen Gepflogenheiten entsprechen.

(4) Die Verlegung der Praxis darf ein Jahr lang durch ein mit Angabe der neuen Anschrift versehenes Schild am früheren Praxissitz angezeigt werden.

(5) Wer die Praxis eines anderen Zahnarztes übernimmt, darf neben seinem Praxisschild das Praxisschild dieses Zahnarztes mit einem entsprechenden Hinweis nicht länger als ein Jahr weiterführen.

## **Abschnitt 5 Schlussvorschriften**

## **§ 23**

### **Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

<sup>1</sup>Diese Berufsordnung ist am 01. Januar 2025 in Kraft getreten. Sie wurde vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt mit Az.: 31-5014/16/1-2024/237669 am 6. Dezember 2024 genehmigt.

# Richtlinie zum Ausweisen von Tätigkeitsschwerpunkten

## Präambel

1Die Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde ist ein einheitlicher und unteilbarer Bestandteil des Gesundheitswesens. 2Die Berechtigung zur Ausübung der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde erfolgt durch die Approbation oder die Berufserlaubnis nach § 13 Zahnheilkundengesetz (ZHG).

## § 1

### Grundsätze

(1) Zahnärzte können die Tätigkeitsschwerpunkte Endodontie, Implantologie, Kinderzahnheilkunde und Parodontologie ausweisen.

(2) Voraussetzung für das Ausweisen eines Tätigkeitsschwerpunktes sind besondere Kenntnisse und Fertigkeiten sowie eine nachhaltige, kontinuierliche Tätigkeit des Zahnarztes in diesem Schwerpunkt gemäß § 2.

(3) Es können höchstens zwei Tätigkeitsschwerpunkte ausgewiesen werden.

## § 2

### Erwerb der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten

(1) Für das Ausweisen von Tätigkeitsschwerpunkten sind die erforderlichen Kenntnisse durch erfolgreichen Abschluss von Fortbildungen analog der Zertifizierten Fortbildung der Kammer oder gleichwertiger Fortbildungen anderer Kammern im Bundesgebiet, der APW oder wissenschaftlichen Gesellschaften im In- und Ausland mit den Inhalten und Anforderungen des Curriculums der Kammer und durch permanente Fortbildungen zum Tätigkeitsschwerpunkt zu erwerben.

(2) Die Gleichwertigkeit wird durch die Kammer festgestellt.

(3) 1Eine weitere Voraussetzung ist:

a) für das Ausweisen des Tätigkeitsschwerpunktes Endodontie eine mindestens zweijährige endodontische Tätigkeit, wovon mindestens ein Jahr nach Abschluss der Zertifizierten Fortbildung liegen sollte. 2In dieser Zeit sind mindestens 150 abgeschlossene Wurzelkanalbehandlungen in allen Zahngruppen durchzuführen.

b) 1für das Ausweisen des Tätigkeitsschwerpunktes Implantologie eine mindestens dreijährige implantologische Tätigkeit. 2In dieser Zeit sind mindestens 200 Implantate zu setzen oder mindestens 70 Fälle zu versorgen, bei denen alle Indikationsklassen vertreten sein müssen.

c) für das Ausweisen des Tätigkeitsschwerpunktes Kinderzahnheilkunde eine kontinuierliche zahnärztliche Tätigkeit mit einem Anteil von mindestens 30 % Kindern und Jugendlichen am gesamten Patientenaufkommen.

d) 1für das Ausweisen des Tätigkeitsschwerpunktes Parodontologie eine mindestens dreijährige parodontologische Tätigkeit, wovon mindestens ein Jahr nach Abschluss der Zertifizierten Fortbildung liegen sollte. 2In dieser Zeit sind mindestens 300 parodontologische Eingriffe des gesamten parodontologischen Behandlungsspektrums, davon 50 komplexe Fälle der oralen parodontologischen Rehabilitation durchzuführen.

## § 3

### Anzeige

(1) Das Ausweisen von Tätigkeitsschwerpunkten ist vorab der Kammer schriftlich anzuzeigen.

(2) 1Der Kammer sind auf Verlangen, die zur Prüfung der Voraussetzungen des Ausweisens von Tätigkeitsschwerpunkten notwendigen Unterlagen vorzulegen. 2Die Kammer ist befugt, ergänzende Auskünfte und erforderlichenfalls eidesstattliche Versicherungen zu verlangen.

(3) Das Ausweisen von Tätigkeitsschwerpunkten hat zu unterbleiben, wenn der Zahnarzt im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit die in dem jeweiligen Schwerpunkt erworbenen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten nicht praktisch und nachhaltig umsetzt.

## § 4

### Ausweisen

(1) 1Das Ausweisen des Tätigkeitsschwerpunktes wird von der Kammer bestätigt. 2Liegen die Voraussetzungen für das Ausweisen eines Tätigkeitsschwerpunktes

nicht vor, teilt die Kammer dies dem Zahnarzt mit.

(2) Die ausgewiesenen Kenntnisse und Fertigkeiten müssen personenbezogen sein.

(3) 1Der Angabe muss jeweils der Zusatz „Tätigkeitsschwerpunkt“ vorangestellt werden. 2Der Zusatz hat in gleicher Schriftgröße wie die Angabe selbst zu erfolgen.